

NEIN ZUR SCHÜLER*INNENDATEI - IN BERLIN UND BUNDESWEIT

Im Mai 2003 beschließt die Kultusministerkonferenz eine baldige Umstellung der Schulstatistik auf Individualdaten". Eine Schüleridentifikationsnummer soll junge Menschen zeit ihres Bildungsweges begleiten und statistische Daten von ihnen zentral gespeichert werden. Lediglich Sachsen enthält sich und verweist auf die stasiähnliche Erscheinung des Vorhabens. In Mecklenburg-Vorpommern hat mensch/man anscheinend nicht dazugelernt. Noch im gleichen Jahr wurde mit der bisher umfassendsten Datenerhebung über SchülerInnen in der Bundesrepublik Deutschland begonnen. Im Oktober 2006 lehnte die schwarz-gelbe Landesregierung Nordrhein-Westfalens die Einführung einer individuellen SchülerID ab. Ein Bayern liegen die Pläne nach mehreren Referenden und heftigem Widerstand der Opposition zur Zeit auf Eis.]

Wie verhindert mensch/man Doppelanmeldungen an Schulen? Wie das Schwänzen von Schulstunden? Wie lassen sich Straftaten von Menschen um schulpflichtigen Alter ahnden? Was im Großen funktionieren soll, wird auch im Kleinen angewendet: Daten sammeln ohne Grenzen.

Ich weiß, wo du Nachhilfe nimmst!

In Berlin ist am 19. Februar 2009 die zentrale Schülerdatei eingeführt worden. Neben den Standarddaten (wie Name, Anschrift, Geschlecht, etc.) sollen beispielsweise Angaben zum eventuellen Fernbleiben des Unterrichts, Ergebnisse schulärztlicher Untersuchungen oder auch eine nichtdeutsche Herkunftssprache vermerkt und gespeichert werden. Über den Umweg der Angabe über Befreiung von der Zahlung des Eigenanteils für Lernmittel sind auch SchülerInnen mit finanziell schwachem Elternhaus zu erkennen. Von jedem Schüler und jeder Schülerin wird so ein Profil erstellt, das in der Lage ist, umfangreich Auskunft über „Fehlentwicklungen“ oder Brüche in der Biografie zu geben.

Sollte die Speicherung der Daten zunächst zentral geschehen, so sieht das Gesetz nun vor, dass dezentral gespeichert, aber ein zentraler Zugriff gewährt werden soll, was faktisch keinen Unterschied macht. Die momentan geplanten teilweisen Zugriffshürden für Ermittlungsbehörden oder auch andere InteressentInnen können sehr leicht im Nachhinein abgeschafft werden.

Ein großer Teil dieser Daten sind vollkommen überflüssig, wollte mensch/man lediglich die Auslastung von Schulen analysieren. Dies ist das Hauptargument der InitiatorInnen, der rot-roten Regierung Berlins. Selbst wenn es zusätzlich um die Durchsetzung der Schulpflicht und die Verfolgung jugendlicher Straftäter geht, wird schon zu viel erhoben. Eine einheitliche Verwaltungssoftware und die bereits in den Einwohnermeldeämtern vorhandenen Daten würden diese Probleme lösen. Doch nach dem Motto: „Was man hat, das hat man.“ werden für alle Fälle alle möglichen privaten und teilweise intimen Daten der SchülerInnen gespeichert – ein inakzeptables Vorgehen, wie nicht nur DatenschützerInnen ins Auge fallen muss. Safer Privacy und/oder JungdemokratInnen/Junge Linke treten für den Schutz der Privatsphäre ein und gegen den allgemeinen Sicherheitswahn und Datensammelwut.

Was man hat, das hat man

Es wird nicht lange dauern, bis die Datensätze nach potentiellen Straftätern gerastert werden. Wer als Querulant auffällig geworden ist, wer während der Schulzeit an einer Demo teilgenommen hat oder sich sonstiger „Verbrechen“ wie Schule schwänzen schuldig gemacht hat - könnte schon bald unter Beobachtung der Sicherheitsapparate stehen. Von den Ermittlungsbehörden eingesetzte Data-Mining Programme verwenden genau solche Datensätze, um die ach so gefährlichen „auffälligen Subjekte“ automatisiert herausfiltern zu können.

Wem bewusst ist, dass er/sie beobachtet und erfasst wird, verhält sich nach und nach dementsprechend. Zusammen mit der Unklarheit, was der Gesetzgeber mit den Daten in 10 oder 15 Jahren macht, kommt es hier zu einer Spirale aus Selbstkontrolle und Anpassung. Die Zukunft wäre verbaut, wenn der individuelle Schulverlauf Zacken oder Dellen aufweist.

//* Wiederabschaffung der SchülerInnendatensammlung - ob sie nun ID, Datei oder Kartei heißt!**

// Eine Politik der Freiheit und nicht des paranoiden Kontrollzwangs!**

//* Eine freie Schule und selbstbestimmtes Lernen!

JungdemokratInnen/Junge Linke

radikaldemokratisch, emanzipatorisch, parteiunabhängig

www.jdjl.org

JungdemokratInnen/ Junge Linke - Greifswalderstr. 4 /
10405 Berlin / phone: 030/ 44024864 / mail: info@jdjl.org

